

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die Wiedervereinigung bleibt unser politisches Ziel

Eine große Stunde für Deutschland hat Eberhard Diepgen die Rede genannt, in der Bundeskanzler Helmut Kohl am 28. November in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages sein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vorstellte und damit — so Diepgen — „die politische Initiative für die Einheit“ ergriffen hat.

Auch für die SPD besteht gegenwärtig die realistische Perspektive, zu einer neuen Einheit Europas und damit auch der Deutschen zu kommen. Karsten Voigt: Zwischen dem Vorschlag des Kanzlers und den Vorstellungen der SPD gibt es „keine konzeptionellen Differenzen“.

„Breite Zustimmung zu Kohls Deutschland-Plan“ und „Kohls Pläne für Weg zur Einheit lebhaft begrüßt“ lauten die Schlagzeilen in den Zeitungen — eindrucksvolles Zeugnis für die Überzeugungskraft einer „konkreten Utopie, der vielleicht in nicht allzu ferner Zeit das Prädikat ‚historisch‘ zugewiesen werden könnte“ (Kölnische Rundschau).

Zehn-Punkte-Programm

Den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers zur Deutschlandpolitik finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

Bestellungen weiterer Exemplare beim:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold,

Bestell-Nr.: 5218, Mindestabnahme: 50 Exempl.,

Preis je Mindestabnahme: 10,— DM zuzügl. MwSt.

Aktion:

Wir
sind ein
Volk!
CDU

Für aktuelle deutschlandpolitische Aktionen haben die Kreisgeschäftsstellen in der letzten Woche Plakate und Aufkleber mit dem Slogan „Wir sind ein Volk“ erhalten. Bei Bedarf können die Plakate und Aufkleber mit der zentralen Aussage unserer Deutschlandpolitik unter der Telefonnummer (02 28) 54 43 79 nachbestellt werden.

„Wir sind ein Volk!“

Nach der Bundesvorstandssitzung am letzten Montag (27. 11. 89) im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Volker Rühle der Bonner Presse die Aktion der CDU-Bundesgeschäftsstelle „Wir sind ein Volk“ vorgestellt und mit dem Hinweis auf die Plakate und Aufkleber dieser Aktion daran erinnert, daß bei den Demonstrationen in Leipzig und in der DDR der Slogan „Wir sind das Volk“ eine wichtige Rolle gespielt hat. Volker Rühle: Wir meinen aber, daß die Ereignisse seit dem 9. November und die Begegnung von Besuchern aus Ost-Berlin und der DDR in Berlin und in der Bundesrepublik eigentlich unter die Überschrift zu stellen sind: „Wir sind ein Volk!“

Die Deutschlandpolitik stand wiederum ganz im Mittelpunkt dieser Bundesvorstandssitzung. Volker Rühle: Wir haben noch einmal zum Ausdruck gebracht, daß wir zügige Verhandlungen über den geplanten Devisenfonds haben wollen, wobei für uns sehr wichtig ist, daß es auch zu Reisefreiheit für die Bürger der Bundesrepublik kommt, d. h. daß der Mindestumtausch und der Visumzwang wegfallen. Ich glaube, wenn es in der nächsten Woche zu einem Verhandlungserfolg kommt, dann kann auch der Bundeskanzler durchaus noch in diesem Jahr zu seinem Besuch in die DDR reisen.

In den Beratungen des Bundesvorstands ist auch noch einmal bestätigt worden, daß die umfassende Hilfe für die DDR dann einsetzen wird, wenn unumkehrbare Verhältnisse herrschen, d. h. wenn

die Reformen irreversibel geworden sind. Hier sind besonders wichtig eine Verfassungsänderung und ein Wahlgesetz in der DDR.

Wir haben uns dann aufgrund von Berichten des hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann und meines eigenen Berichts über Gespräche in Ost-Berlin noch einmal mit der Frage unserer Partner in der DDR auseinandergesetzt. Unser Kurs ist: Keine einseitige Festlegung auf eine politische Gruppierung, sondern Zusammenarbeit mit all denjenigen, die eine Alternative zur SED bieten wollen. Wir beobachten dabei mit besonderer Aufmerksamkeit die Veränderungen, auch die programmatischen Veränderungen, innerhalb der Ost-CDU.

Im Bundesvorstand haben auch die Äußerungen des stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Lafontaine eine Rolle gespielt. Es hat dort eine sehr scharfe



Aufkleber unserer deutschlandpolitischen Aktion, der möglichst bald auf möglichst vielen Autos zu sehen sein sollte.

Abgrenzung gegeben gegenüber Herrn Lafontaine, der die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft aufkündigen will und, wie wir meinen, damit den Reformern in der DDR in den Rücken fällt. Wer so etwas fordert, fördert nicht die Freiheit der Menschen in der DDR, sondern er sperrt die Menschen im Grunde genommen ein. Wenn man verhindern will, daß es wieder zu einem Anschwellen des Flüchtlingsstroms kommt, wenn man also das Bleiben fördern will und nicht das

Lafontaine ist den Reformern in der DDR in den Rücken gefallen

Kommen, dann kann man das nicht dadurch machen, daß man durch die Aufkündigung der gemeinsamen Staatsbürgerschaft versucht, die Menschen in der DDR einzusperren. Wer das Bleiben in der DDR fördern will, der muß sich gerade für grundlegende Veränderungen in der DDR, für die Abkehr vom Sozialismus einsetzen, damit die Menschen nicht nur Hoffnung auf Zeit haben, sondern Hoffnung auf eine wirklich andere Zukunft in der DDR. Dies scheint uns der entscheidende Ansatz zu sein. Darum geht es und nicht um die Finanzierung des Sozialismus oder um das Ein-bißchen-erträglicher-Machen des Sozialismus in der DDR.

Es ist im übrigen auch deutlich geworden, daß wir die Schwierigkeiten in der DDR nicht für einen Betriebsunfall des Sozialismus halten, sondern für Auswirkungen des Systems.

Die Sozialdemokraten werden von uns aufgefordert, endlich Klarheit in ihrer Deutschlandpolitik zu schaffen: Ob sie eintreten für eine Wiedervereinigung

Eagleburger: Kein Zweifel an der Wiedervereinigung

Der stellvertretende US-Außenminister Lawrence Eagleburger hat eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten als „unausweichlich“ bezeichnet. In einem Interview mit dem „Spiegel“ sagte Eagleburger, es stehe für ihn außer Frage, daß dies geschehe, doch sei für ihn der Zeitpunkt ungewiß.

Deutschlands oder für eine Politik der Teilung Deutschlands, ob sie eintreten für die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft oder für eine Trennung, wie Herr Lafontaine das gesagt hat. Und im übrigen müssen die Sozialdemokraten auch erklären, ob sie den Sozialismus in der DDR durch Finanzspritzen am Leben erhalten wollen oder sich für grundlegende wirtschaftliche und politische Reformen in der DDR einsetzen.

Es ist in der Diskussion auch noch einmal sehr deutlich geworden, daß wir

Die „Gemeinsame Erklärung“ bleibt auch weiterhin wichtige Arbeitsgrundlage

keine reine Binnenschau betreiben dürfen, keine bloße Selbstfaszination durch die Veränderungen in Deutschland, sondern daß ganz wesentliche Grundlagen für diese Veränderungen in der Reform-Anstrengung Gorbatschows in der Sowjetunion liegen, daß für uns die gemeinsame Erklärung zwischen dem Bundeskanzler und dem sowjetischen Generalsekretär vom Juni dieses Jahres weiterhin eine ganz wichtige Arbeitsgrundlage ist und daß es in unserem besonderen Interesse liegt, daß Gorbatschow weiter erfolgreich arbeiten kann.

„Wir sind ein Volk“

„Wer die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft aufgeben will, der führt eine Situation herbei, in der unsere Landsleute aus der DDR um Asyl bitten müssen wie Flüchtlinge aus Sri Lanka und Ghana. Die CDU will, daß die Menschen in der DDR ihre Heimat nicht verlassen müssen; aber wir werden sie nicht ausgrenzen. Es ist die unmenschliche Konsequenz Lafontaines, die Flucht der Deutschen aus der DDR in die Freiheit durch Aufgabe der gemeinsamen deutschen Staatsbürgerschaft zu verhindern.“

Volker Rühle



„Wir solidarisieren uns mit denen, die in der DDR gerufen haben: Wir sind das Volk, wir bleiben. Unsere Antwort darauf: Wir, die Deutschen in der DDR und der Bundesrepublik, sind ein Volk und weisen Lafontaines unsolidarische Neidkampagne gegen die Deutschen zurück, die nach dem Krieg im Vergleich zu uns das härtere Schicksal zu tragen hatten.“

Alfred Dregger



„Das Wohlstandsgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR muß vermindert werden: Aber nicht dadurch, daß man den Deutschen in der DDR, die ja zu Deutschland gehören, ihre gemeinsame Staatsbürgerschaft nimmt, sondern dadurch, daß sich die freiheitliche Demokratie und die soziale Marktwirtschaft möglichst rasch durchsetzen.“

Heiner Geißler

Pressestimmen

Ärger über Lafontaine

Ein Kanzlerkandidat, der sich in einem sehr schwierigen Problemkreis zur Rechtfertigung seiner Thesen auf Stimmungen in der Öffentlichkeit beruft, muß selbst in der eigenen Partei Erschrecken auslösen. Das ist Wasser auf die Mühlen jener gestandenen Sozialdemokraten, die Lafontaine ohnehin die Eignung als Kanzlerkandidat absprechen, weil ihnen seine Politik zu sprunghaft und zu wenig seriös erscheint.

Kölnische Rundschau



Unverantwortlich

Unverantwortlich verhält sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine. Ausgerechnet ein führender Sozialdemokrat will bestimmte Deutsche vom sozialen Sicherungssystem der Bundesrepublik ausschließen. In diesem Bereich mag es Klärungsbedarf geben, wie die Formel heute heißt. Aber zur Zeit setzt sich Lafontaine auf eine Strömung, die es hier und da gibt, und die er nun gefährlich verstärkt. Das ist billigster Opportunismus ohne Rücksicht auf die Folgen. Derselbe Lafontaine möchte Asylbewerber aus Afrika eher hier aufnehmen als deutsche Spätaussiedler. Derselbe Lafontaine will/soll Kanzlerkandidat der SPD werden. Rheinische Post



Auf Stammtisch-Niveau

Mit seinen Ausführungen begibt sich der SPD-Vize auf ein Niveau, das man einem führenden Repräsentanten der SPD nicht zugetraut hätte. Da werden halbrichtige Tatsachen behauptet, falsche Zusammenhänge hergestellt und dann Änderungen von Sachverhalten verlangt, die es so, wie sie Lafontaine darstellt, gar nicht gibt.

Handelsblatt

Grandiose Verbrüderung der Deutschen

Die sowjetische Zeitung Krasnaja Swesda veröffentlicht heute einen Beitrag ihres Beobachters Oberst Markuschin zu den Ereignissen in Osteuropa. Streng genommen, heißt es, gibt es den geographischen Terminus Osteuropa nicht. Aber im politischen Bereich versteht man darunter die durch den Warschauer Vertrag mit der Sowjetunion verbündeten Länder. Mit der Zeit hat sich in dem Bewußtsein eine verallgemeinerte Vorstellung von diesen Ländern als den treuen Partnern, die sich immer und in allem unterstützen, herausgebildet.

Und nun, hebt der Verfasser hervor, hat alles einen anderen Lauf genommen. Polen, Ungarn, die DDR und Bulgarien — die Namen dieser Länder weichen heute nicht mehr aus den Zeitungen. Die Schnelligkeit, die Unterschiedlichkeit und der dramatische Charakter der in diesen Staaten stattfindenden Veränderungen haben dazu geführt, daß sich auf sie die gespannte Aufmerksamkeit der gesamten Welt richtet. Das Hauptziel dieser Veränderung ist die Vertiefung der Demokratie und eine politische sowie geistige Erneuerung.

Es werden auch nicht die gleichen Ursachen der in den osteuropäischen Ländern vor sich gehenden Prozesse in Frage gestellt. Ohne die sowjetische Umgestaltung wäre es wohl kaum zu den Ereignissen gekommen, die sich vor unseren Augen abspielen, angefangen bei Polen, wo die Opposition an die Macht gekommen ist, bis hin zu der grandiosen Verbrüderung der Deutschen im Zentrum Europas, auf der Berührungslinie zweier Blöcke.

aus: Radio Moskau HS I vom
23. November 1989

Bush gibt den Dank des Kanzlers weiter

Jetzt zeigt die Welt ein anderes Gesicht, in dem sich eine neue Wirklichkeit spiegelt: Das Bild von Deutschen aus Ost und West, die sich gegenseitig auf die Mauer hinaufziehen, eine Menschenbrücke zwischen den Nationen. Überall in Osteuropa gehen die Völker mutig auf die Straßen; sie fordern Freiheit und suchen Demokratie.

Das ist nicht das Ende der Weltgeschichte, wohl aber das glückliche Ende eines der traurigsten Kapitel der Geschichte. Nicht lange nach dem Beginn der Öffnung der Mauer telefonierte Bundeskanzler Kohl mit mir, und er bat mich, Ihnen, dem amerikanischen Volk, seinen Dank zu übermitteln. Er sagte, diese außerordentlichen Änderungen in Osteuropa hätten nicht stattfinden können ohne die unerschütterliche Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Damit drückt ein guter Freund seinen Dank in rechter Weise aus.

Nirgendwo sonst in der Welt hat der lebendige Wille der Menschen so schnell und so unbeirrbar den Sieg errungen über toten Stein wie in Berlin. Das deutsche Volk vereinigte sich mit uns in dem Ruf nach einem ungeteilten und freien Europa. Der Wandel vollzieht sich heute schnell, und mit diesem Wandel zeigt sich auch in dramatischer Weise die Kraft der wirtschaftlichen und politischen Institutionen des freien Europa. Das neue Europa wird gebaut, ja muß auf der Grundlage der demokratischen Werte aufgebaut werden.

George Bush in einer Fernsehansprache an das amerikanische Volk

Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR hat ausgedient

Die Furcht geht um in der altlinken Szene in der Bundesrepublik Deutschland. Die Furcht, das Scheitern des Sozialismus in Osteuropa könne auch bei uns ein Nachdenken über die Zukunftsfähigkeit planwirtschaftlicher Steuerungssysteme, wie sie die SPD in ihrem Grundsatzprogramm-entwurf wieder feilbietet, auslösen.

Der Leiter der SPD-Parteischule, Peter von Oertzen, spricht für viele aus der linken Szene, wenn er vor zu weitgehenden Reformen in der Sowjetunion warnt: „Ich befürchte, daß im Überschwang der politischen Demokratisierung und in dem dringenden Wunsch, die bürokratischen Verkrustungen und die autoritären staatlichen Verformungen der nichtkapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion zu beseitigen, die Gefahr besteht, daß unkritisch, überstürzt und ohne Rücksicht auf feindliche theoretische Reflexion und vorliegende Erfahrungen kapitalistische Wirtschaftsmechanismen, kapitalistische Eigentumsformen, kapitalistische Marktformen in die Wirklichkeit umgesetzt werden.“

Die Vertuschungsstrategie, die über das Versagen des Sozialismus hinwegtäuschen soll, kann wirkungsvoll sein, wenn man sie nicht aufdeckt und ihr entgegenwirkt.

Die Soziale Marktwirtschaft wird als kapitalistische Marktwirtschaft diffamiert: Kein Wort davon, daß sie unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit für alle in einem Ausmaß beschert hat, das weltweit anerkannt ist.

Einige Zahlen dazu: 1950 lieferten die Deutschen für gerade 8,4 Milliarden DM

Waren ins Ausland, 1988 wurde für rund 570 Milliarden DM exportiert. Der durchschnittliche Stundenlohn eines Industriearbeiters ist seit 1950 von 1,29 DM auf 18,43 DM gestiegen. Ein Durchschnittsrentner erhielt 1957 eine monatliche Rente von 90,40 DM, 1988 betrug seine Rente 893,20 DM pro Monat. Für einen Straßenanzug mußte 1950 ein Arbeitnehmer noch 54 Stunden und 19 Minuten arbeiten. Heute braucht er nur noch 21 Stunden und 19 Minuten dafür zu arbeiten, obwohl sich der Preis für den Anzug etwa verdreifacht hat.

Wer der DDR die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung empfiehlt,

Alle Deutschen wollen frei wählen und frei reisen, aber sie wollen auch die Freiheit einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft.

wird ausgebuht, auch wenn er als Vorzeigesozialdemokrat aus der DDR kommt: So geschehen auf dem Landesparteitag der SPD NRW. Da wurde der SDP-Sprecher Stephan Hilsberg mit eisigem Schweigen und Pfiffen für seine Aussage: „Wir sind für Soziale Marktwirtschaft“ bedacht.

Vor einem Abbau der sozialen Errungenschaften des Sozialismus wird gewarnt. Aber wie sehen diese Errungenschaften aus? Die Arbeitnehmer in der DDR wurden um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Die Kaufkraft der Ostmark ist erschreckend niedrig. So muß ein Arbeitnehmer

in der DDR für einen Kühlschrank — sofern er überhaupt erhältlich ist — 272 Stunden und 19 Minuten arbeiten. Sein Kollege in der Bundesrepublik muß nur 28 Stunden und 54 Minuten arbeiten, bis er den Kaufpreis zusammenhat. Für einen Farbfernseher muß der Magdeburger sogar 1 008 Stunden und 56 Minuten arbeiten, der Kölner dagegen nur 81 Stunden und 34 Minuten.

Auch das „Neue Deutschland“ ist seit einigen Wochen der Meinung, daß die Versorgung mit Obst, Gemüse und Konserven unbefriedigend ist, daß die Qualität des Angebotenen erheblich zu wünschen übrig läßt, weil organisatorische Mängel, Schwierigkeiten bei der Sicherung der Verpackung und des Transportes auftreten. Leserbrief im „Neuen Deutschland“: „In den Schaufenstern liegen fast nur schlechte und unansehnliche Bekleidungsstücke, natürlich das gleiche in den Regalen. Kommt endlich ein Importschub, dann steht sofort eine lange Schlange. Und natürlich geht davon noch viel unter der Hand der Verkäuferinnen weg.“

Und wie sieht die Realität hinter den so niedrigen Mieten in der DDR aus? Ein weiterer Leserbrief aus dem „Neuen Deutschland“ bringt es an den Tag: „Jawohl, der VEB Stadtbaubetrieb erfüllt den Plan der Statistik durch Wohnungsübergabe in der Dortusstraße, aber Wochen später mußte die kinderreiche Familie ausziehen, weil der Putz in drei Zimmern von der Decke fällt.“

Wo immer in der Welt der Sozialismus real verwirklicht wurde, hat er versagt. Das hindert unsere Altlinke nicht, flugs die Vision eines neuen Reformsozialismus zu entwickeln. Alles, was bisher da war, war noch nicht der wirkliche Sozialismus.

Aber, es wird noch toller. In dem Entwurf für das neue Grundsatzprogramm

Privates Jagdgebiet von Harry Tisch aufgelöst

Das private Jagdgebiet des ehemaligen FDGB-Vorsitzenden Tisch im Kreis Ribnitz-Damgarten ist aufgelöst und allen zugänglich gemacht worden. Wie Anwohner erzählten, gab es in dem 100 Hektar großen Gelände ein pompöses ferngeheiztes Blockhaus und ein riesiges Fanggatter. Eigens wurde Muffel- und Damwild angesiedelt. 35 Forstexperten hatten alle Hände voll zu tun, damit die Tiere stets zum Abschluß bereit standen. Wenn Tisch mit seinen Gästen auf Jagd ging, riegelten Sicherheitsposten den Forst ab. Für ihren Funksprechverkehr wurde extra ein UKW-Sendemast gebaut.

(Stimme der DDR, 23. 11. 1989)

der SPD, das im Dezember verabschiedet werden soll, schreibt die SPD: „Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbsystems ist seine Verbindung mit der *privaten* Verfügung über die Produktionsmittel.“ Dies heißt, die SPD hat nichts, aber auch gar nichts begriffen!

Die Defizite des Sozialismus sind strukturell. Selbst osteuropäische Wirtschaftsexperten geben dies heute zu. So beschreibt Wolfgang Heinrichs, Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften, die Ursachen des Dilemmas in der DDR: Seit Mitte der achtziger Jahre wurde das Wirtschaftswachstum „zum Teil durch Inanspruchnahme von Quellen der Zukunftssicherung getragen, das heißt, um den Preis hohen Verschleißes auf vielen Gebieten der materiell-technischen Basis, zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei wichtigen Exporterzeugnissen“ sowie auf Kosten der Umwelt.

Tatsache ist: die DDR zählt mit zu den größten Umweltverschmutzern in Europa. Den transparenten Schornstein oder das gläserne Abflußrohr wird es auch in Zukunft dort nicht geben. 21 Millionen Tonnen Quecksilber fließen jährlich über die innerdeutsche Grenze. Um in einem Jahr sechs Tonnen dieses giftigen Schwermetalls aus der Elbe herauszufiltern, wären in der Bundesrepublik milliardenschwere Investitionen notwendig.

Gernot Schneider, der bis 1982 als Wirtschaftswissenschaftler in Ost-Berlin Führungskräfte ausgebildet hat: „Ich kann nirgendwo im sozialen Umfeld eines Gemeinwesens, die konkrete Umwelt eingeschlossen, etwas ausmachen, was bestätigt, daß sich die Konzeption der DDR in irgendeiner Weise gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik als überlegen und erstrebenswert ausgewiesen hätte.“

Und Klaus Leciejewski, ein ehemaliger Ökonomie-Professor an der Ost-Berliner Humboldt-Universität, sagt es noch deutlicher: „Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR hat ausgedient. Sie kann auf lange Sicht nur durch die Marktwirtschaft ersetzt werden, auch wenn die Parteiführung der SED dies noch nicht offen ausgesprochen hat.“

Dieselben Sozialdemokraten, die vor noch nicht allzu langer Zeit die Kontakte zu oppositionellen Gruppen in Osteuropa mieden, weil dies ihre exklusiven Kontakte mit den herrschenden Kommunisten gestört hätte, warnen jetzt, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR dürfe nicht durch eine Diskussion über die Wiedervereinigung gestört werden. Gehört es nicht auch zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR, daß sie sich für die Wieder-

vereinigung entscheiden, wenn sie dies wollen?

Die CDU wird auch in der öffentlichen Diskussion dagegen eintreten, daß jetzt geteilt wird in „gute“ DDR-Leute, das sind diejenigen, die in der DDR geblieben sind, und „schlechte“ DDR-Leute, das sind diejenigen, die in den letzten Wochen in die Bundesrepublik übergesiedelt sind und die von Sozialdemokraten, wie z. B. Pfarrer Albertz, als „Wohlstandsflüchtlinge“ diffamiert werden. Die Zehntausende, die in den letzten Wochen zu uns gekommen sind, verdienen unseren

Der Sozialismus ist tot — so tot wie eine Schildkröte, von der nur noch der Panzer übriggeblieben ist.

Norbert Blüm

Respekt. Sie haben die Veränderungsprozesse in der DDR miterzwungen. Hätten sie die Freiheit in ihrer Heimat bekommen, hätten sie nicht in die Freiheit fliehen müssen.

Dieselben Sozialdemokraten, die jetzt so lautstark das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in der DDR betonen und vor „Einmischung“ und „Besserwisserei“ in der Bundesrepublik Deutschland warnen, haben noch bis in die letzte Zeit gefordert, eine eigene DDR-Staatsangehörigkeit anzuerkennen. Sie hätten damit den Landsleuten aus der DDR die Möglichkeit genommen, als Deutsche zu uns zu kommen.

Die CDU sollte in der gegenwärtigen Diskussion selbstbewußt darauf hinweisen, daß der politische Veränderungsprozeß in der DDR auch durch die politischen Bedingungen, die durch die Politik der Union und der Bundesregierung in den letzten Jahren geschaffen worden sind, ermöglicht wurde.

Bundesausschuß am 11. Dezember in Berlin

Im Mittelpunkt des „Kleinen Parteitags“ der CDU am 11. Dezember in Berlin

11.00 bis 16.00 Uhr
Hotel Inter-Continental
Budapester Straße 2
Telefon (0 30) 2 60 20

wird die Deutschlandpolitik stehen. Nach der Rede des Bundeskanzlers wird es Diskussionsbeiträge von Gästen aus der DDR geben. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Einbringung und Verabschiedung einer **Berliner Erklärung zur Deutschlandpolitik**.



Mit dieser digitalen Anzeige am Kranzler-Eck in Berlin wird die CDU auch am 11. Dezember an zentraler Stelle optisch präsent sein.

Dazu gehört vor allem:

- daß die Union gegen alle Anfeindungen am Selbstbestimmungsrecht, der Einheit der Nation und an der deutschen Staatsangehörigkeit für alle Deutschen festgehalten hat,
- daß die Bundesregierung ihre Politik der guten Nachbarschaft mit den west- und osteuropäischen Ländern fortgesetzt hat. Der Erfolg des Reformkurses in Ungarn, Polen und der Sowjetunion hat große Auswirkungen auch auf die DDR und die anderen Staaten des Warschauer Paktes. Deshalb ist unsere Unterstützung für diese Länder auch ein konkreter Beitrag für Deutschland. Die erfolgreiche Reise des Bundeskanzlers nach Polen hat in dieser Hinsicht ein deutliches Zeichen

gesetzt. Der Veränderungsprozeß in der DDR wird durch die historische Aussöhnung mit Polen untermauert.

- Die europäische Einigungspolitik, die von der Bundesregierung nachdrücklich vorangetrieben wurde und die durch das Datum 1992 und die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes markiert wird, hat nicht nur in Westeuropa eine neue Dynamik entwickelt, sondern zur politischen Dynamisierung auch in Osteuropa beigetragen.
- Nicht zuletzt waren die Beiträge der Bundesregierung entscheidend für die Festigung des westlichen Bündnisses und die darauf aufbauenden Abrüstungsinitiativen.

Günter Rinsche:

Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung wird anerkannt

Die Auffassung des Europäischen Parlaments, daß die Bevölkerung der DDR von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen könne, einschließlich der Möglichkeit, Teil eines vereinigten Deutschlands in einem einigen Europa zu sein, hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Prof. Günter Rinsche, ausdrücklich begrüßt.

Damit habe das Europäische Parlament in seiner vorliegenden Entschließung über die jüngsten Ereignisse in der DDR, in Mittel- und Osteuropa, das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung anerkannt.

Daß die Deutschland- und Europapolitik der Bundesregierung im Europäischen Parlament auf breite Zustimmung stoße, zeige das Festhalten an „historischen Charakter“ der Ereignisse in der DDR, die den Willen der dortigen Bevölkerung zum Ausdruck brächten. Auch die Forde-

rung nach freien Wahlen in der DDR und die Stärkung der Integration der EG als Grundlage für eine engere Zusammenarbeit mit den Staaten in Ost- und Mitteleuropa seien im Einklang mit der Politik der Bundesregierung.

Der Aufbau einer Sozialen Marktwirtschaft in der DDR sei unabdingbare Vor-

Deutschlandpolitik der Bundesregierung findet breite Zustimmung

aussetzung für eine erfolgversprechende Hilfe zur Selbsthilfe, betonte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Ohne eine entsprechende Wirtschaftskonzeption in der DDR seien Milliardenhilfen der Europäischen Gemeinschaft wirkungslos und brächten der Bevölkerung keine wesentliche Verbesserung ihrer Mangelsituation.

Trumpfkarte für die Einheit Europas

Das Duo Kohl-Mitterrand in Straßburg: Noch nie haben zwei Staats- oder Regierungschefs aus EG-Ländern gemeinsam vor den Abgeordneten des Europaparlaments gesprochen. Helmut Kohl und François Mitterrand haben sich nicht wie in Verdun bei den Händen gefaßt, sie haben aber die gleiche Sprache gesprochen. François Mitterrand hat es

sorgfältig vermieden, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands anzusprechen. Helmut Kohl hat sich bemüht, diese Unterlassung auszugleichen. Er machte deutlich, daß „die Deutschen niemals eine Bedrohung darstellen werden, sondern eine Trumpfkarte für die Einheit Europas sind“.

Aus: Liberation, 23. Nov. 1989

Ausländische Pressestimmen zum Deutschland-Plan des Bundeskanzlers

Nach dem Fall der Mauer

Die Rede von Bundeskanzler Kohl im Bundestag über eine engere Zusammenarbeit mit der DDR ist Ausdruck dafür, welche tiefgreifenden politischen Auswirkungen der Fall der Mauer in Westdeutschland gehabt hat. Im restlichen Europa wird es in unterschiedlichem Maß Besorgnis wecken, daß der Kanzler als Endziel für den vorgeschlagenen Kooperationsprozeß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht ausschließt. Die meisten werden aber, und nach unserer Meinung zu Recht, die demokratische Verankerung der Westdeutschen anerkennen und ihnen deshalb nicht das nationale Selbstbestimmungsrecht absprechen, dessen Respektierung wir anderswo verlangen.

Politiken (Dänemark)

Zukunft Europas

Die deutsche Einheit von 1989 hat nicht die gleichen Fundamente wie die von 1871 oder von 1939. Diesmal sind es Freiheit und Demokratie, die ihre Basis bilden werden. Und in keinem Fall kann sie den betroffenen Bevölkerungen aufgezwungen werden, auch nicht ihren Nachbarn. Die Deutschen haben ihre Zukunft in der Hand. Sie müssen sich darüber bewußt sein, daß sie auch die Zukunft Europas in der Hand haben.

L'Yonne Republicaine (Frankreich)

Sachliche Vorschläge

Bonn's Paket besteht aus sachlichen Zusammenarbeitsvorschlägen — die in vielem den Ideen der DDR entgegenkommen — und aus der Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Menschen im Osten. Auch das kann nicht als Provokation dargestellt werden, wenn auch Bonn's Grüne von Heim

ins Reich sprechen. Denn damit wird ja im Grund die souveräne Entscheidung der in der DDR lebenden Menschen über ihre Zukunft betont. Ost-Berlin weiß eines gewiß: Wirklich substantielle Hilfe ist nur aus der westlichen Hälfte Deutschlands zu erhalten. Und diese Hilfe ist an eine vollständige Demokratisierung geknüpft. Daran können alle Prestigereisenden aus Wien oder Paris nichts ändern. Die wollen entweder Bonn's Kanzler die Show stehlen oder in der DDR den alten sozialdemokratischen Traum vom dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus retten. Was beides gleich wenig weitsichtig ist.

Die Presse (Österreich)

Keine Utopie

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist etwas historisch Greifbares und keine Utopie, wie man seit Ende des 2. Weltkrieges meinte. Der von Kanzler Kohl dem Parlament vorgelegte Zehnpunkteplan ist ein realistischer und zu verwirklichender Plan zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, ohne daß er Mißtrauen bei den Siegern über das Dritte Reich auslösen könnte. Die Förderung der beiden deutschen Staaten könnte noch vor Ende dieses Jahrhunderts verwirklicht werden.

El Independiente (Spanien)

Motor Europas

Nach einer Zeit, wo die Bundesrepublik der wirtschaftliche Motor Europas war, wird sie nun zu einem politischen Motor: sie hat alle Möglichkeiten, um den europäischen Karren in die von Kohl vorgezeichnete Richtung zu ziehen — und auch die sozialdemokratische Opposition hat dazu applaudiert.

Corriere della Sera (Italien)

Dieter Weirich:

Pressefreiheit gibt es nur dort, wo die Bürgerrechte gewahrt sind

Der Bundesfachausschuß Medienpolitik hat unter Vorsitz von Dieter Weirich am 23. November 1989 in Bonn einen „5-Punkte-Katalog zur Verwirklichung von Pressefreiheit in der DDR“ vorgelegt. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die CDU begrüßt die Forderungen von Vertretern der Reformbewegung, Journalisten, Schriftstellern und Künstlern in der DDR nach einer neuen Medienpolitik. Angesichts des Scheiterns der zentral gesteuerten Medien und ihrer Informationspolitik ist ein Neuanfang unverzichtbar. Die vielfältigen Probleme der DDR können nur in einem offenen Prozeß der Meinungsbildung unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen gelöst werden.

Pressefreiheit gibt es nur dort, wo auch die Bürgerrechte gewahrt sind. Wenn es der neuen Führung der DDR wirklich ernst ist mit der Eigenverantwortung der Medien und dem öffentlichen Dialog über Medienfreiheit, dann muß sie im Umgang mit westlichen Medien neue Zeichen setzen. Die Union ist der Auffassung, daß dies letztlich zu einer vernünftigen Regelung des gesamten Medienverhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR führen wird.

Eine Lösung von Problemen, wie der Einspeisung von DDR-Programmen in westdeutsche Kabelnetze, der die CDU unter Gewährleistung der Gegenseitigkeit positiv gegenübersteht, sollte wegen der Kostenfragen den beiderseitigen Wirtschaftsverhandlungen vorbehalten bleiben.

Der Weg zu mehr Normalität in den Medienbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hängt von der Erfüllung folgender Voraussetzungen ab:

1. Einhaltung der Grundsätze über den freien Informationsfluß in Europa gemäß der KSZE-Schlußakte aus dem Jahr 1975.
2. Generelles Angebot westdeutscher Presseerzeugnisse und Literaturveröffentlichungen in der DDR. In diesem Bereich hat die DDR den größten Nachholbedarf.
3. Freie Arbeits- und Berichterstattungsmöglichkeiten für westdeutsche Korrespondenten in der DDR, Abkehr von den bisherigen Ausweisungspraktiken und Garantie einer unbürokratischen Akkreditierung von Journalisten.
4. Journalistenaustausch zwischen West und Ost; Informationsaufenthalte in den Redaktionen beider Seiten.
5. Endgültiger Abbau des Feindbildes von den „West-Medien“: Informationsbarrieren jedweder Art passen nicht in eine Ära neuen Denkens.

Der Bundesfachausschuß Medienpolitik hat für die nächste Sitzung die Wahl eines neuen Vorsitzenden beschlossen und sich einstimmig für die Wahl von Bernd Neumann, dem Mediensprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ausgesprochen. Dieter Weirich tritt am 1. Dezember 1989 sein Amt als Intendant der Deutschen Welle an.

Kabelanschluß

Stadt-Land-Gefälle muß so bald wie möglich beseitigt werden

Letzte Woche wurde im baden-württembergischen Gschwend (Fernmeldeamt Schwäbisch-Hall) der sechsmillionste Kabelanschluß übergeben. Dazu erklärte der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Adolf Herkenrath:

Der Kabelanschluß ist im Fernmeldewesen der meist gefragte Massendienst nach dem Telefon geworden. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden Anschlüsse bisher überwiegend in Ballungsräumen, Städten und dichtbesiedelten Gebieten bereitgestellt. Dieser rentabilitätsorientierte Ausbau hat dazu geführt, daß ein großer Teil der Bevölkerung gerade in den ländlichen Regionen noch lange auf einen Kabelanschluß warten muß.

Auf Dauer kann ein Stadt-Land-Gefälle beim Ausbau der Kabelversorgung nicht hingenommen werden. Die Schaffung wertgleicher Lebensbedingungen in Stadt und Land, zu denen uns auch das in diesem Jahr novellierte Raumordnungsgesetz verpflichtet, darf keine leere Sprechhülse bleiben.

Die Anstrengungen der Deutschen Bundespost trotz ihrer Verpflichtung zur Kostendeckung das Weitestmögliche für eine flächendeckende Verkabelung zu tun, sind zwar zu würdigen. Auch ist zu begrüßen, daß Bürger wie z.B. in Gschwend bereit sind, sich mit eigenen Beiträgen an der Finanzierung ihres Kabelanschlusses zu beteiligen. Jedoch kann auf Dauer nicht hingenommen werden, daß die Bürger oder gar die Kommu-

nen in den ohnehin benachteiligten ländlichen Gebieten durch eine zusätzliche und zum Teil erhebliche Finanzierungsbeteiligung ihre Verkabelung ermöglichen.

Es ist daher dringend zu prüfen, ob durch zusätzliche Mittel der Post und oder mit allgemeinen Strukturmitteln des Bundes eine beschleunigte Verkabelung des ländlichen Raums erreicht werden kann. Entscheidend ist, daß den Menschen im ländlichen Raum eine zeitliche Perspektive für einen Kabelanschluß gegeben wird, um zu verhindern, daß eine Zweiklassen-Fernsehen-Gesellschaft entsteht.

Wohlfahrtsmarken

Soforthilfe für Übersiedler

Durch den Kauf von Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken die Arbeit der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege unterstützen — dazu hat Bundespostminister Schwarz-Schilling alle Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgerufen. In diesem Jahr werden aufgrund der aktuellen Situation die Zuschläge der Sonderbriefmarken zur Soforthilfe für Übersiedler und Besucher aus der DDR von den Wohlfahrtsverbänden dringend benötigt. — Die Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken 1989 sind bereits bei allen Postämtern erhältlich.

Weiterer Schritt der Gesundheitsreform:

Bessere Arzneimittelversorgung durch neuen Leistungskatalog

Das Bundeskabinett hat letzte Woche den Entwurf einer Rechtsverordnung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung über unwirtschaftliche Arzneimittel in der gesetzlichen Krankenversicherung zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verordnung wird jetzt dem Bundesrat zugeleitet. Sie soll — nach dessen Zustimmung — zum 1. Juli 1991 in Kraft treten. Damit ist eine ausreichende Übergangsfrist für die Herstellerfirmen geschaffen.

Mit der Verordnung soll eine wirtschaftlichere Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung erreicht werden. Bislang wurden zu viele und häufig unwirksame oder unzweckmäßige Arzneimittel verordnet. Mit dem Ausschluß bestimmter Arzneimittel aus der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen soll der Leistungskatalog im Arzneimittelbereich auf erwiesenermaßen sinnvolle und wirksame Arzneimittel begrenzt werden. Neben den Einsparungen in Höhe von 170—210 Mio. DM pro Jahr wird damit die Qualität der Arzneimittelversorgung der Versicherten erheblich verbessert.

Als unwirtschaftlich sind nach der Verordnung folgende Arzneimittel anzusehen:

1. Arzneimittel, die für das Therapieziel oder zur Minderung von Risiken nicht erforderliche Bestandteile enthalten. Hierzu nennt die Verordnung 23 Wirkstoffe oder Stoffgruppen, die in Kombi-

nationsarzneimitteln nach dem Stand der Wissenschaft nicht sinnvoll sind.

2. Arzneimittel, deren Wirkungen wegen der Vielzahl der enthaltenen Wirkstoffe nicht mit ausreichender Sicherheit beurteilt werden können. Nach der Verordnung gilt dies für chemische Arzneimittel mit mehr als drei Wirkstoffen.

3. Arzneimittel, deren therapeutischer Nutzen nicht nachgewiesen ist. Die Verordnung nennt hierzu rund 300 Wirk-

Norbert Blüm: Wir sparen weiter für die Versicherten

stoffe, bei denen Expertenkommissionen beim Bundesgesundheitsamt festgestellt haben, daß der therapeutische Nutzen nicht belegt ist.

Da zu den ausgeschlossenen Arzneimitteln in der Regel wirtschaftliche und therapeutisch zweckmäßige Verordnungsalternativen bestehen, werden Versicherte und Patienten durch den Ausschluß nicht finanziell belastet. Die vielfältigen Therapiemöglichkeiten des Arztes — auch mit Naturheilmitteln — werden durch die Verordnung deshalb nicht eingeschränkt.

Norbert Blüm betonte, mit dem Entwurf würden Konsequenzen aus der von Arzneimittelexperten vielfach bestätigten Tatsache gezogen, daß die Krankenkassen Milliardenbeträge für Arzneimittel ausgeben, deren therapeutischer Nutzen nicht gesichert ist. „Es muß darauf geachtet werden“, so Blüm weiter, „daß jede Mark der Beitragszahler sinnvoll eingesetzt wird.“

Hermann Gröhe:

Atemberaubender Siegeszug der Sache der Freiheit

Der Deutschlandtag hat mich am 3. November dieses Jahres in Erlangen zum neuen Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands gewählt. Mit mir wurden sieben neue Mitglieder in den Bundesvorstand gewählt. Es hat also so etwas wie einen Generationswechsel in unserem Verband gegeben. Vor uns liegt eine schwierige, in diesen interessanten Zeiten vor allem aber faszinierende Aufgabe. Es geht darum, Jugendliche und junge Erwachsene neu für politisches Engagement zu begeistern. Die Zeichen dafür, daß dies gelingen kann, sind gut.

Vor unseren Augen vollzieht sich ein atemberaubender Siegeszug der Sache

Der neue Vorsitzende der Jungen Union zur politischen Tagesordnung und zu den wichtigen Aufgaben von morgen

der Freiheit. Ungarn, Polen, UdSSR. Nun hat diese Freiheitsbewegung auch die DDR erfaßt. Mutig und selbstbewußt erkämpften gerade junge Leute auf den Straßen der DDR wichtige Freiheitsrechte: die Meinungs- und Demonstrationenfreiheit, die Reisefreiheit. Seit dem 9. November gilt: Die Mauer hat Löcher. Sie wird fallen!

In einer Erklärung für die Junge Union habe ich deutlich gemacht: Mit der Öffnung der Mauer gehen unsere Hoffnungen ein Stück weiter in Erfüllung. Wir

waren es, die — belächelt oder beschimpft — in den vergangenen Jahren immer wieder demonstrierten: Die Mauer muß weg! Selbstbestimmung für alle Deutschen! Und heute erleben wir, daß es auch in unserer Gesellschaft zahlreiche „Wendehälse“ gibt, die jetzt entdecken, daß sie schon immer dieser Meinung waren.

Wichtiges bleibt zu tun: Wir wollen Flüchtlingen und Übersiedlern, aber auch den deutschen Aussiedlern helfen, hier heimisch zu werden. Wir dürfen nicht nachlassen, ihnen mit Solidaritätsaktionen zur Seite zu stehen.

Bei aller Begeisterung für diese Entwicklung wollen wir aber auch die Herausforderungen in unserer Gesellschaft nicht übersehen: Der Umweltschutz bleibt — auch für uns — eine ganz wichtige Aufgabe. — Junge Leute in den helfenden Berufen leiden oft unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen und einer viel zu geringen Bezahlung. Menschen zu pflegen ist nicht weniger wert als Autos zu warten! Die Situation in diesen Berufen gehört viel deutlicher auf die politische Tagesordnung. Schließlich gilt es, sich denen zuzuwenden, die oft im Schatten unserer Gesellschaft stehen: den Drogenabhängigen, denen, die im Qualifikationswettbewerb nicht mithalten können, denen, die zwischen Gewalt, Einschüchterung und eigener Gewalttätigkeit aufwachsen.

Dies alles sind unsere Aufgaben: die großen Themen dieser Tage und Wochen, aber auch die konkreten Alltagsorgen junger Leute!

Rita Süßmuth:

Die Arbeit der Frauen-Union kann sich sehen lassen

„Die meisten unserer Forderungen konnten verwirklicht werden.“ Mit diesem Satz hat Rita Süßmuth auf einer Pressekonferenz am 27. November in Bonn eine positive frauen- und familienpolitische Bilanz der Arbeit der Frauen-Union der CDU gezogen. Im einzelnen führte die Vorsitzende der Frauen-Union aus:

Im Januar 1987 legten wir ein 12-Punkte-Programm für die nächste Legislaturperiode vor. Die Bilanz nach drei Jahren politischer Arbeit kann sich sehen lassen. Einige Beispiele:

- seit 1. Juli 1989 Verlängerung des Erziehungsgeldes und des Erziehungsurlaubs von 12 auf 15 Monate, ab 1. Juli 1990 auf 18 Monate;
- Erziehungsgeld wird auch bei einer Beschäftigung bis zu 19 Stunden pro Woche gezahlt;
- Erziehungsgeld auch für Auszubildende auch ohne Unterbrechung ihrer Ausbildung;
- Erziehungsgeld und -urlaub jetzt auch bei Adoptionen;
- bei Mehrlingsgeburten Erziehungsgeld für jedes der Kinder;
- durch das Gesundheitsreformgesetz finanziert die gesetzliche Krankenversicherung für vier Wochen im Jahr eine Pflegekraft;
- ab 1. 1. 1990 Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags;
- ab 1. 1. 1990 Anhebung des Kindergeldzuschlags;

- ab 1. 7. 1990 Anhebung des Kindergeldes für das zweite Kind;
- seit 1. 1. 1988 Erhöhung der steuerlichen Ausbildungsfreibeträge;
- ab 1. 1. 1990 Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags und Einführung eines linearen Steuersatzes;
- seit 1. 1. 1988 Erhöhung des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende, ab 1. 1. 1990 weitere Erhöhung;
- Kabinettsentwurf zum Jugendhilfegesetz: bedarfsgerechter Ausbau kindge-

Vieles und sogar mehr, als erhofft werden konnte, ist erreicht. Aber noch wichtige Forderungen sind offen: Rita Süßmuth zieht die Bilanz von drei Jahren politischer Arbeit der Frauen-Union.

- rechter Formen der Tagesbetreuung für Kinder im Kindergartenalter sowie jüngere und ältere Kinder;
- Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften: Verlängerung der Beurlaubungsdauer für Beamtinnen und Beamte; weitere Möglichkeiten der Freistellung aus familiären Gründen; Verlängerung der Antragsfrist für Teilzeitarbeit aus Arbeitsmarktgründen; Verlängerung der Höchstdauer für Teilzeitarbeit aus familiären und aus Arbeitsmarktgründen;

- Manteltarifverträge mit Angaben über Teilzeitarbeit;

- Sonderprogramme zur beruflichen Wiedereingliederung des BMJFFG;

- Installierung von Frauenförderplänen im öffentlichen Dienst und in vielen Privatunternehmen;

- zahlreiche Betriebsvereinbarungen mit Wiedereinstellungszusagen nach der Familienphase in großen Unternehmen;

- Parteitagebeschlüsse der CDU zur politischen Gleichstellung von Frauen.

Trotz dieser politischen Erfolge sehen wir auch Defizite; beim Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen herrscht noch erheblicher Mangel. Die Frauen-Union hält eine breitangelegte Kampagne zur Verbesserung der Betreuungssituation für dringend erforderlich. Bund, Länder und Gemeinden müssen dazu beitragen, daß dem Bedarf entsprechende Angebote für alle Altersgruppen mit flexiblen Öffnungszeiten geschaffen werden.

Auch für die 320.000 Frauen, die jährlich nach der Familienphase in den Beruf zurückkehren wollen, gibt es immer noch kein ausreichendes Angebot. Im Arbeitsförderungs-gesetz muß deshalb ein

Rechtsanspruch auf Wiedereingliederungsmaßnahmen für Männer und Frauen verankert werden. Auch ein Rechtsanspruch auf Arbeitszeitverkürzung für Frauen und Männer mit Familienpflichten wäre eine wichtige Hilfe für Eltern.

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung für 1990 sind sehr gut. Die Frauen-Union fordert daher, auch für die Familien mit Kindern für die nächste Legislaturperiode weitere Verbesserungen zu beschließen. Die Familien dürfen bei dieser guten Entwicklung in der Wirtschaft nicht zu kurz kommen.

Für die Tarifrunden in den kommenden Monaten fordert die Frauen-Union die Tarifpartner auf, bei ihren Verhandlungen auch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorzusehen. Damit könnten die Tarifpartner beweisen, daß sie die Zukunftsaufgabe der Wirtschaft in den 90er Jahren erkannt haben. Von enormer Bedeutung wäre hier die tarifliche Fixierung der Wiedereingliederung nach der Familienphase und die tarifliche Absicherung für Teilzeitarbeitstätige.

CDU Nordrhein-Westfalen wählt Norbert Blüm zum Spitzenkandidaten

Auf Platz 1 der Reserveliste für die Landtagswahl am 13. Mai 1990 in Nordrhein-Westfalen hat die CDU auf ihrer Landesvertreterversammlung in Münster ihren Vorsitzenden, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, bei nur einer Gegenstimme bestätigt. Auf Platz zwei der Reserveliste folgt ihm der Generalsekretär der Partei, Helmut Linssen.

UiD-Dokumentationen

Wichtige Dokumentationen, die über das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, bezogen werden können:

- Unsere Perspektiven für die 90er Jahre Regierungserklärung vom 27. 4. 89 (UiD-Doku 14/89), Bestell-Nr.: **5160**, 50 Exempl., 13,50 DM

- Rentenreform von A-Z (UiD-Doku 37/89), Bestell-Nr.: **5208**, 50 Exempl., 19,50 DM

Die Preise verstehen sich für die angegebene Mindestabnahme zuzügl. MwSt. inkl. Versand

Unsere Wirtschaftsregion als Drehscheibe des Ost-West-Handels

„Die Wirtschaftsregion Braunschweig muß in Anbetracht der unumkehrbaren Entwicklung zur Demokratie und Freiheit in der DDR zur Drehscheibe des Ost-West-Handels und zu einem europäisch bedeutsamen Forschungspartner entwickelt werden.“ Mit dieser „Vehelder Erklärung“ faßte der CDU-Landesverband Braunschweig das Ergebnis seines Parteitages am letzten Wochenende zusammen.

In Arbeitskreisen wurden die Themen Forschen, Arbeiten, Ausbildung und Weiterqualifizierung in der Region behandelt. Die Region Braunschweig und ihre Wirtschaftskraft sowie das Zonenrandgebiet als „Treffpunkt Zukunft“ waren die Themen, mit denen sich die Delegierten gerade in Hinsicht auf die Veränderungen im Osten beschäftigten.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Braunschweig, der Goslarer Bundestagsabgeordnete Rudolf Sprung, plädierte nachdrücklich für den Erhalt der Zonenrandförderung. Die Verkehrswege im Grenzgebiet müßten schnellstens ausgebaut werden. Die geplante Schnellbahnlinie von Hannover nach Berlin müsse jetzt über Magdeburg geführt werden. Die Chancen sind dafür sogar sehr gut, so der Landesvorsitzende.

„Vehelder Erklärung“

In der „Vehelder Erklärung“ werden Bundes- und Landesregierung sowie die Europäische Gemeinschaft aufgefordert, sich für den Ausbau der modernen Kommunikationswege zwischen der Region Braunschweig und der DDR einzusetzen.

„Es kann nicht dabei bleiben, daß eine Glasfaserfernertrasse nur zwischen Hannover und Hamburg besteht“, sagte der niedersächsische Kultusminister Horst Herrmann. „Wir brauchen eine solche Verbindung auch auf der West-Ost-Achse.“

Für die Gäste vom „Demokratischen Aufbruch“ aus Erfurt war die Teilnahme am CDU-Landesparteitag nicht nur eine Kontaktmöglichkeit. Rolf Peter, Leiter der Delegation aus Erfurt: „Wir wollen das Demokratieverständnis in der Bundesrepublik kennenlernen und Anregungen finden.“

In einem Grußwort an die Delegierten umriß Rolf Peter die Ziele des „Demokratischen Aufbruchs“: die Macht der SED brechen, den generellen Rücktritt ihrer Politiker, marktwirtschaftliche Prinzipien statt der toten Planwirtschaft. Eine wirtschaftliche Hilfe für die SED lehne er ab, betonte Peter. Und: „Die Verknüpfung des Hilfsangebotes der Bundesregierung mit freien Wahlen in der DDR begrüßen wir ausdrücklich.“

„Wir sind ein Volk!“

Der „Demokratische Aufbruch“ werde sich der künftigen Einheit Deutschlands nicht entgegenstellen.

CDU-Generalsekretär Volker Rühle verwies auf dem Parteitag darauf, daß die CDU an der Wiedervereinigung festhalte: „Wir sind ein Volk.“ Es stelle keine Einmischung dar, wenn die CDU auf Reformen in der DDR dränge. Genauso wie es die Reformer in der DDR selber fordern, sagen auch wir: Unser Ziel sind freie Wahlen und eine tatsächliche Wende.

DIE GOLDENE '90

Das erwartet der Wirtschafts-Sachverständigenrat:

- **Mehr Wachstum:**
+ 3,5 Prozent
- **Mehr Beschäftigung:**
+ 400 000 Arbeitsplätze

Die konjunkturelle Lage ist so gut wie seit langem nicht mehr, und in nahezu allen Branchen herrscht Optimismus:

● **Handwerk:** Rund 5 Prozent Umsatzplus. Die Zahl der Beschäftigten wird auf etwa vier Millionen steigen. Es könnten noch mehr sein, aber Facharbeiter- und Lehrlingsmangel wirken als Wachstumsbremse.

● **Maschinenbau:** Rund 5 Prozent Umsatzplus. Rund 30 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

● **Elektroindustrie:** Rund 7 Prozent Umsatzplus. 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

● **Bau:** 3,5 Prozent Auftragsplus. In den nächsten drei Jahren sollen mehr als eine Million neue Wohnungen fertiggestellt werden. Die Zahl der Beschäftigten – jetzt etwa 975 000 – nähert sich der Millionengrenze.

Da bleibt der SPD die Luft weg. Seit Jahren verbreitet sie falsche Prophezeiungen: „Zunahme der Arbeitslosigkeit“; „Rezession“; „Ausbildungsplatzmangel“. Alles falsch. Alles dummes Zeug.

**MERKE: DER SOZIALISMUS
VERSAGT IN OST UND WEST.**

DEUTSCHLAND IST AUF ERFOLGSKURS. WEITER SO.

CDU


*Die
Zukunft*

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Umweltschutz fängt zu Hause an

Mit dem „Umweltkalender 1990“ bietet die Bundesgeschäftsstelle Ihnen ein Verteilmittel an, das zu Beginn des neuen Jahres in den Händen der Bürgerinnen und Bürger sein sollte.

„Umweltschutz fängt zu Hause an“, schreibt der Bundeskanzler im Vorwort zu diesem Kalender, und er verbindet damit die Hoffnung, daß nicht immer nur auf die Initiative des Staates oder der Nachbarn gewartet wird. Dieser Kalender soll — im Gegenteil — das ganze Jahr über dabei helfen, daß jeder seinen eigenen Beitrag zu der großen Gemeinschaftsaufgabe Umweltschutz leisten kann — ganz praktisch, indem jeder sich mit selbstklebenden bunten Punkten die Abholtermine für Sondermüll markieren kann.

Bestellungen an: **IS Versandzentrum**
Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

38/89

UMWELT- KALENDER 1990



CDU
Wir für Sie

Bestell-Nr.: **2205**
Mindestabnahme: **50 Exemplare**
Preis je Mindestabnahme:
25,— DM zuzügl. MwSt.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis: jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.